

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 31.03.2011

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 21:27 Uhr

Anwesend sind:

Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 18:00 Uhr
		Vertreter: Frau Dr. Wünscher
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	18:00 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr René Trömel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	16:30 Uhr bis 18:40 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	18:40 Uhr bis 21:30 Uhr
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	Vertr.: Herr Schachtschneider
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	Vertreter: Herr Trömel
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreter: Frau Dr. Brock

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung wurden folgende Unterlagen ausgegeben:

- Veränderungsblätter für die Unterabschnitte des Dezernates IV
- Änderungsantrag der Stadträtin Frau Sabine Wolff (NEUES FORUM) und Frau Helga Schubert (Freier Träger der Jugendhilfe) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie participationsbericht über das Jahr 2009 (V/2010/09413)
(Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen für die Sanierung der Flucht- und Rettungswege der Kindertageseinrichtungen)
- Niederschriften der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 15.3.2011

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung wurde der

Änderungsantrag der Stadträtin Frau Sabine Wolff (NEUES FORUM) und Frau Helga Schubert (Freier Träger der Jugendhilfe) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie participationsbericht über das Jahr 2009 (V/2010/09413)
(Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen für die Sanierung der Flucht- und Rettungswege der Kindertageseinrichtungen)

ausgegeben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende ergänzte Tagesordnung wird festgestellt:

3. Beschlussvorlagen
 - 3.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie participationsbericht über das Jahr 2009
Dezernat Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung
Vorlage: V/2010/09413
 - 3.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie participationsbericht über das Jahr 2009, Vorlage: V/2010/09413
(Zuschuss an Suchtberatungsstellen)
Vorlage: V/2011/09642
 - 3.1.2 Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie participationsbericht über das Jahr 2009, Vorlage: V/2010/09413
(Förderung der Wohlfahrtspflege sowie Zuschüsse an übrige Bereiche des Büros für Gleichstellungsfragen)
Vorlage: V/2011/09643

3.1.3 Änderungsantrag der Stadträtin Frau Sabine Wolff (NEUES FORUM) und Frau Helga Schubert (Freier Träger der Jugendhilfe) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie participationsbericht über das Jahr 2009 (V/2010/09413) (Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen für die Sanierung der Flucht- und Rettungswege der Kindertageseinrichtungen)
Vorlage: V/2011/09589

4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. schriftliche Anfragen von Stadträten
6. Mitteilungen
7. mündliche Anfragen
8. Anregungen

zu 3 **Beschlussvorlagen**

zu 3.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie participationsbericht über das Jahr 2009 Dezernat Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung Vorlage: V/2010/09413**

An der Diskussion beteiligten sich alle Teilnehmer der Sitzung.

Amt 40 Schulverwaltungsamt

2000 Schulverwaltung

Herr Kogge informierte auf Nachfrage, dass es im Rahmen der vorgesehenen Reduzierung in Höhe von 12,3 Mio. € zwei Maßnahmen gebe, die noch nicht im Ausschuss SGGA besprochen werden konnten. Diese Beratung werde nachgeholt.

Frau Müller wies auf die Veränderungen von Ansätzen Seite 7 der Zuarbeit hin.

Auf die Nachfrage, warum die Umzugskosten um 50 T € gekürzt wurden, informierte Herr Hildebrand, dass der Fortschritt der Bauvorhaben die geplanten Umzüge noch nicht in dem ursprünglich geplanten Umfang zulasse.

2110 Grundschulen

Frau Müller wies auf die Veränderungen von Ansätzen Seite 8 der Zuarbeit hin.

Zu den Benutzungsentgelten wurde auf Anfrage von der Verwaltung ausgeführt, dass die Turnhalle der Grundschule Kröllwitz nach Baumaßnahmen wieder zur Nutzung zur Verfügung gestellt worden sei.

Herr Kogge informierte, dass die Verhandlungen über den Betriebskostenzuschuss an die HAVAG längere Zeit in Anspruch genommen haben. Ziel der Verhandlungen war es, den Zuschuss so gering wie möglich zu halten, den Osterverkehr zu sichern und eine

Rückführung an die Stadt zu vermeiden. Als Ergebnis wurde ein Betriebskostenzuschuss an die HAVAG in Höhe von 79,8 T€ + Umsatzsteuer erzielt. Die Darstellung im Haushalt der Stadt erfolge als Betrieb gewerblicher Art und an verschiedenen Haushaltsstellen.

Der Anregung, die Haushaltsstellen Sachausgabenbudget und Lehr- und Unterrichtsmittel an dem Ist aus 2010 auszurichten, wurde nicht gefolgt, da der Vermerk UE eine Ermächtigung bedeutet, finanzielle Mittel in Folgejahre zu übertragen. Die Gesamtsumme der Konten werde nicht verringert.

Herr Hildebrandt fügte an, dass beide Haushaltsstellen den Schülerinnen und Schülern zugute kommen.

Zur Höhe der Unfallversicherung erläuterte Herr Hildebrand, dass diese anhand der Einwohnerzahl festgelegt werde. Der Bescheid für das Jahr 2011 liege schon vor.

2111 Grundschulen PPP-Projekte

Frau Müller wies auf die Veränderungen von Ansätzen Seite 9 der Zuarbeit hin.

2120 Sekundarschulen

Frau Müller wies auf die Veränderungen von Ansätzen Seite 10 der Zuarbeit hin.

2121 Sekundarschulen PPP-Projekte

Frau Müller wies auf die Veränderungen von Ansätzen Seite 11 der Zuarbeit hin.

Herr Kogge führte aus, dass von 7:00 Uhr bis ca. 14:00 – 16:00 Uhr Schulsport in den Turnhallen durchgeführt werde. Danach nutzen Sportvereine die Hallen. Aus den Unterabschnitten des Dezernates IV werden die Betriebskosten gezahlt. Herr Hildebrand fügte an, dass die Mehreinnahmen aus der Vermietung der Sporthallen an Sportvereine erwirtschaftet werden sollen.

Herr Kogge erläuterte auf Nachfrage, dass die Mehreinnahme im SGGA zur Kenntnis gegeben und genommen worden sei. Die Einnahme erfolge durch den Sportbereich.

Herr Geier ergänzte, dass er gemeinsam mit Frau Oberbürgermeisterin Szabados an einer Beratung beim Stadtsportbund teilgenommen habe. In dieser Besprechung wurde die finanzielle Lage der Stadt erläutert und über Alternativen der Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund beraten. Im Ergebnis wurde vereinbart, dass der SSB in seinen Gremien über das Ansinnen der Verwaltung berät. Die Umsetzung wird wohl in einer Arbeitsgruppe münden. Die geplanten 900 T€ p. a. seien ein Durchschnittswert aus dem überschlägigen Aufwand pro Jahr in Höhe von 800 T€ bis 1,1 Mio. €. Der Rückfluss der Einnahmen aus den Sportvereinen solle dort vereinnahmt werden, wo der Aufwand entsteht. Deshalb seien die Reduzierungen im Dezernat IV geplant, die vom Dezernat III erwirtschaftet werden müssen. Es diene nicht der Haushaltswahrheit und -klarheit, dass im Bereich Schulen Ausgaben getätigt werden, die nichts mit Schule zu tun haben. Diese Klarstellung diene auch der Vorbereitung auf die Doppik.

Die Mitglieder bezweifelten, dass die Einnahmen auch in der tatsächlich geplanten Höhe in diesem Jahr kommen und bemängelten, dass keine Fachdiskussion im Sportausschuss geführt wurde und diese nun im Finanzausschuss nachgeholt werden müsse.

Herr Geier führte aus, dass er nachvollziehen könne, dass dies keine einfache politische Diskussion sei und die Diskussion auch im Sportausschuss geführt werden müsse. Der Kommunikationsprozess habe deutlich zu spät eingesetzt. Aus diesem Grund habe die

Oberbürgermeisterin gemeinsam mit ihm das Gespräch mit dem Stadtsportbund gesucht, um das Mögliche einzusteuern. Der Stadtsportbund erwarte von der Stadtverwaltung eine offene und gute Kommunikation, Verlässlichkeit in den Absprachen und eine Vereinfachung des Antragsprocedures. Es wurde in der Beratung der Hinweis an den SSB gegeben, dass freiwillige Leistungen auch vom Landesverwaltungsamt kritisch betrachtet werden. Der Sportbereich sollte einen freiwilligen Beitrag leisten. Ein später Beitrag ist besser als keiner und wichtig für die kostendeckende Kosen-Leistungs-Rechnung.

Von Seiten des Ausschusses wurde kritisiert, dass das Vorgespräch mit dem SSB ohne vorherige demokratische Beratung durchgeführt wurde. Ein Votum oder Auftrag von den zuständigen Gremien des Stadtrates fehle. Nicht alle Vereine seien finanziell gut ausgestattet. Die geplanten Änderungen sollten im Fachausschuss noch besprochen werden.

Die sehr ausführliche Diskussion rankte sich um:

- die beiden Möglichkeiten der Umlage der Kosten für die Hallen
- das Grundverständnis der Gesamtverwaltung - allen Dezernaten fallen Einsparungen schwer, es bestehen Bedarfe, der Haushalt müsse genehmigungsfähig aufgestellt werden
- nachvollziehbare Betriebskostenabrechnungen
- dass eine angemessene Umlage nicht ausgeschlossen werde
- eine ggf. ungerechte Behandlung der Vereine, weil Sporthallen unterschiedlich ausgestattet seien, bezüglich Dämmung usw.
- die Erzielbarkeit der Gesamteinnahme in Höhe von 900 T€, da 3 Monate bereits vorbei seien und noch keine Verträge vorliegen
- die Durchreichung der teilweisen Einnahmen der Sportvereine an die Stadt Halle (Saale) von Rentenversicherungsträgern oder Krankenkassen für Rehasport, Rückenschule usw.

Im Ergebnis der sehr ausführlichen Diskussion wurde die Verwaltung gebeten, die geplanten Einnahmen für die Vereinsnutzung in Schulturnhallen konkret zu untersetzen. Dabei ist auf folgende Punkte speziell einzugehen:

- Unterteilung einzelnen Turnhallen bezüglich der Belegungszeiten, inklusive der genauen Vereine, in die Kategorien:
 - o Rehasport
 - o Kinder- und Jugendsport
 - o Seniorensport
 - o Freizeitsport
 - o ...
 - o ...
- Welche Vereine könnten unter realistischer Betrachtung einen Beitrag für den Haushalt 2011, in welcher Höhe, zur Erwirtschaftung der 900 T€ bringen?

Termin der Wiedervorlage: Sondersitzung des Finanzausschusses am 7.4.2011

2300 Gymnasien

Frau Müller wies auf die Veränderungen von Ansätzen Seite 12 der Zuarbeit hin.

Auf Nachfrage zu den Personalausgaben führte Herr Hildebrand aus, dass die Inhaberin einer Stelle in Altersteilzeit gegangen sei und eine Schulsekretärin zum Teil noch in einer Grundschule eingesetzt werde.

Frau Müller erläuterte auf Nachfrage, dass die Geschäftsausgaben (1.2300.650000) aufgrund einer Umsortierung in Sachausgaben auf Null gesetzt wurden. Diese betreffen z. B.

die Kopierkosten. Es handele sich um haushaltsneutrale Verschiebungen, die auch in anderen Unterabschnitten vorgenommen werden.

2301 Wohnheim Myrtenweg

In diesem Unterabschnitt seien z. B. auch die Änderungen bezüglich der Umsortierung Geschäftsausgaben zu ersehen. Diese ziehen sich durch den gesamten Haushaltsplan.

2418 BbS V (Gesundheit, Körperpflege, Sozialpädagogik)

Herr Hildebrandt erläuterte auf Nachfrage, dass die Erstattung von Gemeinden und Gemeindeverbänden zurückgeht, weil es diesen lt. Gesetz jetzt möglich ist, Mischklassen zu bilden. Diese gesetzliche Regelung gereiche zum Nachteil der Oberzentren, da diese aufgrund dessen weniger Gastschüler betreuen.

2700 FÖS für Lernbehinderte

Herr Hildebrandt führte auf Nachfrage aus, dass die Erläuterung zur Haushaltsposition Zuweisungen vom Land nachgereicht werde.

2009 Ist = 17.500 im Plan 2011 = 0

Erläuterung im Nachgang der Sitzung:

Die Zuweisung des Landes 2009 erfolgte zum Schulprojekt „Frühe Berufsorientierung“.

2701 FÖS für Sprachentwicklungs- und Ausgleichsklassen

Auf Nachfrage wurde ausgeführt, dass die Gastschulbeiträge für Sprachheilschüler und Ausgleichsklassenschüler höher seien als bei anderen Schulen.

2702 FÖS für Geistigbehinderte

Zu den Personalkosten wurde ausgeführt, dass die geplanten Mittel für die Honorare für die Förderschule nicht ausgeschöpft wurden. Weiterhin trat in diesem Bereich eine Langzeiterkrankung ohne Lohnfortzahlung auf. Die geplanten finanziellen Mittel für die Vertretung wurden nicht vollständig ausgeschöpft.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Hildebrandt, dass die Erstattungen vom Bund für die Aufwendungen für das freiwillige soziale Jahr gezahlt werden. In diesem Bereich sei eine freiwillige Verlängerung möglich. Diese werde sehr unterschiedlich in Anspruch genommen.

2900 Schülerbeförderung (außer Gr. 6391, Bew. 080)

Herr Kogge erläuterte, dass aus dieser Haushaltsstelle auch die Fahrten der Sportschüler in die Schwimmhalle Halle-Neustadt finanziert werden, da sich die neue Schwimmhalle in der Robert-Koch-Straße noch im Bau befinde.

Herr Hildebrandt fügte an, dass der Zeitplan im Moment eine Fertigstellung im Oktober 2011 vorsehe.

2950 Schulmedienstelle

Es wurde eine Nachfrage zum Personal gestellt.

Antwort im Nachgang der Sitzung:

Die Stelle wurde 2011 umorganisiert und dem Unterabschnitt 2000 zugeordnet. Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt durch den Teamkoordinator Schulorganisation / Vertragswesen / Medienstelle und durch abgeordnete Lehrer. Eine Stellenplankorrektur erfolgt mit der Endfassung des Haushaltsplanes (haushaltsneutral).

2951 Schulumweltzentrum Halle- Franzigmark

Auf Nachfrage, ob der gestrige Stadtratsbeschluss, der modifiziert wurde, berücksichtigt sei, wurde ausgeführt, dass die Änderungen spätestens bis zur Beschlussfassung im Rat eingearbeitet werden.

Vermögenshaushalt Bereich Schule

Frau Müller wies auf die Veränderungen von Ansätzen Seite 53 der Zuarbeit hin.

Herr Hildebrandt erläuterte, dass die geplanten Ausgaben für den Brandschutz nicht reduziert, sondern nur anderen Grundschulen zugeordnet wurden, um diese fertig zu stellen.

Herr Geier erläuterte ausführlich den finanztechnischen Vorgang der Deckung der Ausgaben für den Brandschutz der Schulen durch die Verschiebung der MMZ-Ausgaben. Diese Möglichkeit wurde durch die Verwaltung finanztechnisch geprüft. Die Priorität wurde zugunsten des Brandschutzes geändert und die geplanten Mittel aus diesem Grund umgewidmet. Die Umwandlung des Kassenkredites an das MMZ wurden durch den Rat beschlossen und für den Zeitraum 2012 bis 2014 festgelegt.

(18:00 Uhr Herr Müller verließ die Sitzung. Frau Dr. Wünscher übernahm seine Vertretung.)

Auf Nachfrage, ob auch für die Kindereinrichtungen eine hohe Priorität gesehen werde, erläuterte Herr Geier, dass diese Diskussion später geführt werde, aber aus der MMZ-Maßnahme keine beliebige Deckungsgrundlage hergeleitet werden könne. Ggf. müsse der Betrag geteilt werden.

2410 BBS I „Max Eyth“ / „Gutjahr“

Frau Müller wies auf zwei haushaltsneutrale Änderungen hin.

2810 Kooperative Gesamtschule „Ulrich von Hutten“

Es wurde auf eine Erhöhung der Ansätze hingewiesen.

2812 Integrierte Gesamtschule Halle

Herr Hildebrandt erläuterte auf Anfrage, dass die Planansätze gemäß den Verfahren im Haushaltsverlauf angepasst werden. Die Maßnahme wurde in konkrete Finanzierungsabschnitte unterteilt und die Fördermittelunterlagen am 31.01. abgegeben. Es liege in der Verwaltung noch keine Information über den Prüfungsstand im Landesverwaltungsamt vor. Nach dem Vorliegen der Entscheidung müssen die eingeplanten Mittel ggf. in eine Verpflichtungsermächtigung für den Haushaltsplan 2012 verschoben werden. Der Hauptanteil der Baumaßnahmen werde voraussichtlich im Jahr 2013 stattfinden.

2956 Raumflugplanetarium Peißnitz

Es wurde ausgeführt, dass im Vermögenshaushalt keine Ausgaben zur Beseitigung der Hochwasserschäden eingeplant wurden.

Auf Nachfrage von Herrn Wolter zur Haushaltskonsolidierungsmaßnahme IV/39 erläuterte Frau Hock, dass Konsolidierungsbeiträge, die sich auf Personalkosten beziehen, bei den einzelnen Dezernaten nachrichtlich aufgeführt werden und ansonsten in einer Gesamtübersicht.

Herr Geier sagte zu, dass sich die Mitglieder bezüglich weiterer Erläuterungen gern an Frau Hock direkt wenden können.

Kulturelle Bildungseinrichtungen

Volkshochschule 407

3500 Volkshochschule

Es wurden keine Nachfragen gestellt.

Stadtarchiv 421

3210 Stadtarchiv

Es wurden keine Nachfragen gestellt.

Stadtbibliothek 422

3520 Stadtbibliothek

Es wurden keine Nachfragen gestellt.

Konservatorium 441

3330 Konservatorium Halle

Herr Effner-Jonigkeit erläuterte auf Nachfrage, dass die Höhe der Zuweisungen vom Land variere, da auch die Anzahl der förderfähigen Stunden variiert und sich auch die Höhe des Stundensatzes ändere. Diese hänge von der Finanzlage des Landes ab.

Zum Personalkostenaufwuchs erläuterte Herr Kogge, dass eine KW (künftig wegfallend) - Stelle in eine ATZ (Altersteilzeit) - Stelle umgewandelt wurde, die wieder besetzt werde.

Herr Effner-Jonigkeit ergänzte, dass im Jahr 2010 nicht genügend Personal gefunden wurde, um die gewünschten Stunden abzudecken. Durch die Umbauarbeiten in den Räumen seien diese auch teilweise nicht nutzbar gewesen. Außerdem war eine Mitarbeiterin langzeitkrank.

Stadtsingechor 444

3324 Stadtsingechor

Es wurden keine Nachfragen gestellt.

(18:00 Uhr - Herr Müller verließ die Sitzung und wurde durch Frau Dr. Wünscher vertreten.)

Hallesche Museen 450

3212 Hallesche Museen

Auf Nachfrage zur Finanzierung der Dauerausstellung führte Herr Jacob aus, dass diese im Kulturausschuss zweimal beraten sowie der inhaltliche und sachliche Zeitstrahl übermittelt wurde. Bezüglich der investiven Mittel sei die Verwaltung noch in der Endabstimmung. Es wurde ein Endvorschlag in der Abschlussberatung am 7.4.2011 avisiert.

Der Verwaltungshaushaltsanteil in Höhe von ca. 63.500 € sei im UA 3212 eingestellt. Herr Jacob erläuterte die geplanten Ausgaben. Die ersten Freigaben seien bereits erfolgt. Das Stadtmuseum befinde sich zurzeit in der Phase der Umorganisation.

3660 Heimatpflege (nur Gr. 5010)

Auf Nachfrage erläuterte Herr Jacob, dass die Bewirtschaftungskosten durch die Zuordnung der Türme steigen. Er sagte eine detaillierte Zuarbeit zu.

Im Nachgang der Sitzung wird folgende Erläuterung gegeben:

Die Finanzzuordnung der Türme erfolgte beim Kulturbüro.

Die vom ZGM erstellte Abrechnung der Bewirtschaftung und Instandsetzung der Türme aus dem Jahr 2009 beträgt 29.604,42 Euro.

Der Aufwand stellt sich wie folgt in EUR dar:

<i>Kostenart</i>	<i>Leipziger Turm</i>	<i>Roter Turm</i>	<i>Blaue Türme</i>	<i>Hausmannst.</i>
<i>Nebenkosten (Wasser, Abwasser, Regenwasser, Straßenreinigungsgeld, Allgmeinstrom)</i>	1.654,26	3.643,83	0	6.400,63
<i>Reinigung</i>	0	0	0	2.154,60
<i>Personalkosten (Hausmeisterdienste, Sicherheitsdienste)</i>	0	66,71	109,41	72,07
<i>Wartungskosten (Bewachung/Alarmaufschaltg., Wartungskosten Turmuhr, Wartung Brandmeldeanlagen)</i>	0	3.127,18	600,96	379,64
<i>Instandhaltungskosten</i>	199,65	3.193,53	6.593,61	1.262,30
<i>Ausgaben ges.</i>	1.853,91	10.031,25	7.303,98	10.415,28

Die bis 2010 geplanten Mittel in diesem Konto betragen 14.000,00 Euro, entstammten aber einer Schätzung und keiner Abrechnung. Nach der erfolgten Sanierung und Nutzung ist hier ein Aufwuchs von 17.000,00 Euro entstanden. Die Mittel beinhalten die Betriebs- und Servicekosten für Beleuchtung, Glockenwerk und Uhrwerk.

(18:40 Uhr Frau Ewert verließ und Herr Krause kam in die Sitzung.)

3213 Zuschuss an Technisches Halloren- und Salinemuseum e.V.

Es wurden keine Nachfragen gestellt.

Vermögenshaushalt

Es wurden keine Nachfragen gestellt.

Auf die Frage der Veränderung im Haushaltskonsolidierungskonzept - Maßnahme IV/38 wurde auf den Einzeltermin bei Frau Hock verwiesen.

Amt 50 Sozialamt

4000 Allgemeine Sozialverwaltung

Frau Müller wies auf die Veränderungen von Ansätzen Seite 32 der Zuarbeit hin.

4050 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende

Frau Müller wies auf die Veränderungen von Ansätzen Seite 33 der Zuarbeit hin.

Frau Simon (Stabsstelle Sozialplanung, Führungsunterstützerin SGB II) erläuterte, dass in den Ausgaben für die Erstattung von den sonstigen öffentlichen Bereichen die Verwaltungskostenpauschale für die Personal- und Overheadkosten vom Jobcenter enthalten seien. Der zu zahlende kommunale Finanzanteil an das Jobcenter wird aufgrund der teilweisen Bearbeitung der Thematik Teilhabepaket auf 15,2 % erhöht.

4101 Laufende Leistungen

Frau Müller wies auf die Veränderungen von Ansätzen Seite 34 der Zuarbeit hin.

Frau Winter erläuterte auf Nachfrage, dass die Kostenerstattung aus Restzahlung aus Vorjahren wesentlich durch Kassenreste geprägt sei. Die Anzahl der Altfälle, die noch Gelder zu bezahlen haben, sei sehr hoch.

4103 Einmalige Leistungen an Empfänger laufender Leistung

Herr Kogge informierte, dass die erhebliche Steigerung auf 70.700 € eine Anpassung an das Ist in 2010 in Höhe von 68.000 € sowie die Realität sei.

4130 Hilfen zur Gesundheit

Aufgrund einer Nachfrage zur Entwicklung der Erstattungen vom Land sagte Frau Winter eine Erläuterung im Nachgang der Sitzung zu.

Erläuterung: Ab 01.07.2010 werden auf Grund der Änderung der Kostenerstattung nach Aufnahmegesetz die entstandenen Kosten im Rahmen der Auftragskostenerstattung über das FAG abgegolten. Daher entfällt der Mittelansatz in 2011.

4141 Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage

Frau Winter erläuterte, die geplanten Mittel wurden gegenüber dem Haushaltsplan 2010 gesenkt, da ein neuer Vertrag geschlossen und Übergangswohnungen abgemietet werden konnten.

4148 Bestattungskosten

Die Verwaltung informierte auf Nachfrage, dass sich die Kosten pro Bestattung von 1.643 € durchschnittlich im Jahr 2009 auf 2.170 € erhöht haben.

Herr Kogge sagte eine Reduzierung dieses Ansatzes um 70 T€ zu.

4200 Leistungen in besonderen Fällen (§ 2 AsylbLG)

Frau Müller wies auf die Veränderungen von Ansätzen Seite 35 der Zuarbeit hin.

4220 Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt(§ 4 AsylbLG)

Auf Nachfrage zu den erheblichen Sprüngen in den jeweiligen Haushaltssatzungen führte Frau Winter aus, dass eine konkrete Planung schwierig sei, da ein Krankenhausaufenthalt im Einzelfall bis zu 50 T€ Kosten verursache. Es sei eine Pflichtleistung der Kommune.

Herr Wolter stellte den Antrag:

Die Haushaltsstelle 1.4220.790000 Leistungen nach dem AsylbLG wird auf 600 T€ gesenkt. Da es sich um eine gesetzliche Pflichtleistung handelt, könne bei tatsächlichem Bedarf eine überplanmäßige Ausgabe beantragt werden.

Abstimmung zum Antrag von Herrn Wolter:

5 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Herr Kogge erläuterte, dass die Ausgaben im Jahr 2009 – 809 T€ betragen haben und über mehrere Jahre ein Durchschnitt gebildet wurde, um den Haushaltsansatz festzulegen.

Herr Dr. Meerheim stellte den Antrag:

Die Haushaltsstelle 1.4220.790000 Leistungen nach dem AsylbLG wird um 100 T€ gesenkt.

Abstimmung zum Antrag von Herrn Dr. Meerheim:

6 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Ergebnis:

In der Haushaltsstelle 1.4220.790000 Leistungen nach dem AsylbLG werden 650 T€ eingeplant.

Frau Winter erläuterte auf Anfrage, dass die Einnahmen aus Erstattungen vom Land aufgrund der Änderung der gesetzlichen Grundlage im Rahmen der Kostenerstattung des FAG erfolgen.

4350 Haus der Wohnhilfe

Frau Müller wies auf die Veränderungen von Ansätzen Seite 36 der Zuarbeit hin.

Herr Kogge wies darauf hin, dass sich in diesem Unterabschnitt auch die bereits angesprochene Änderung im Wohnbereich - hier 20 T€ - niederschläge.

4362 Aussiedler- und Asylbewerberheime

Frau Winter führte aus, dass die Verwaltung davon ausgehe, mit dem gesenkten Ansatz auszukommen, da neue Verträge mit dem Heimbetreiber geschlossen wurden und die Anzahl der Nutzer rückläufig sei. Die Schließung eines ganzen Heimes sei nicht ausschlaggebend, da sich die Erstattung an den Heimbetreiber nach der Personenzahl richte. Die Stadt zahle zurzeit an den Betreiber 9,40 € für belegte Plätze und 8,40 € für unbelegte Plätze.

4650 Suchtberatungsstellen

Frau Wolff erinnerte daran, dass sie noch einen diesbezüglichen Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie participationsbericht über das Jahr 2009, Vorlage: V/2010/09413 (Zuschuss an Suchtberatungsstellen)
Vorlage: V/2011/09642

gestellt habe, der in der Abschlussberatung erneut gestellt werde, da die Gespräche noch nicht abgeschlossen seien.

Aufgrund einer Nachfrage erläuterte Herr Kogge, dass die Verwaltung die Erstattung der Kosten im letzten Jahr umgestellt habe. Zurzeit werden von zwei freien Trägern die Eigenmiete, die Raumausstattung und die Abschreibung in Rechnung gestellt bzw. sollen andere Leistungen entlastend von der Stadt angeboten werden.

Frau Müller wies darauf hin, dass im Jahr 2010 eine überplanmäßige Ausgabe beschlossen wurde. Dies erfolgte nicht im Rahmen des Nachtragshaushaltsplanes. Die Spalte des Haushaltsplanes „2010“ gebe die Zahlen des Nachtragshaushaltes wieder. Die Ausgaben inklusive überplanmäßiger Ausgaben seien im Rechnungsergebnis zu sehen.

4700 Förderung der Wohlfahrtspflege

In diesem Unterabschnitt wurden zwei Stellen auf Wunsch des Jugendhilfeausschusses umgeschichtet von 4750 auf 4700.

Es wurde darauf hingewiesen, dass der Bezug auf die Haushaltskonsolidierungsmaßnahme in der Begründung falsch sei und diese nachgebessert werden müsse.

4820 Grundsicherung nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)

Frau Müller wies auf die Veränderungen von Ansätzen Seite 42 der Zuarbeit hin.

Auf Nachfrage, welche Unterdeckung zurzeit prognostiziert werde, erläuterte Frau Simon, dass im Moment die ausgewiesene Zahl von der Verwaltung geschätzt werde. Die

Grundlage dafür sei eine Information des Sozialministeriums vom 08.03.2011. Die landesseitigen Zahlen liegen noch nicht vor.

Herr Kogge fügte an, dass die Hoffnung bestehe, dass bei einem Mehrverbrauch dieser vom Bund aus den restlichen Mitteln der Kommunen erstattet werde, die den Finanzrahmen nicht ausschöpfen. Das finanzielle Risiko für die Stadt sei zweigeteilt. In die Vergangenheit, da Anträge rückwirkend gestellt werden können, und für die Zukunft.

Frau Simon erläuterte, dass die Verwaltung bei der Schätzung auf keine fundierten Fallzahlen zurückgreifen könne, außer auf die Vorjahre bezüglich des Mittagessens oder den Halle-Pass. Zum Teil können auch prozentuale Kinderzahlen in Ansatz gebracht werden. Das Antragsverhalten müsse jedoch abgewartet werden. Die Stadt erhalte wöchentliche Informationen vom Jobcenter.

Die Stadträte baten um eine monatliche schriftliche Information über die finanziellen Auswirkungen (ähnlich der Information über KP II). Herr Kogge sagte diese zu.

Auf Nachfrage erläuterte Frau Simon, dass aus der Haushaltsstelle 1.4820.692000 u. a. die Schuldnerberatung finanziert werde.

Frau Winter fügte an, dass die Einnahmen der Haushaltsstelle 1.4820.249000 im Zusammenhang mit denen des Unterabschnittes 4103 - Einmalige Leistungen an Empfänger laufender Leistungen - (es handelt sich z. B. um Mietschulden) stehen. Gegenüber dem Vorjahr seien keine Veränderungen eingetreten. Eine Erhöhung könne nicht befürwortet werden, da die Kassenreste bedient werden müssen. Diese betragen ca. 164 T€.

Es wurde aus den Reihen darauf hingewiesen, dass es besser wäre, die ausgereichten Darlehen in Anzahl und Höhe zu verringern und mit Vorschüssen zu arbeiten.

Die Verwaltung wurde gebeten, diesen Ansatz noch einmal zu prüfen und in der Abschlussberatung zu berichten.

Die Verwaltung wurde um eine Zuarbeit bezüglich der durchschnittlichen Höhe der Darlehen, der Anzahl der Personen und der Tendenz der Ausgaben gebeten.

Im Nachgang der Sitzung wird folgende Erläuterung gegeben:

*Unterabschnitt 4103 - Einmalige Leistungen an Empfänger laufender Leistungen
Einnahme Haushaltsstelle 249000 - Rückzahlung von Darlehen*

Die Ausgabe spiegelt sich in der HHST 1.4820.691100 wider. Ausgegeben wurden 2010 in dieser HHST Mittel in Höhe von 614.129,75 €. Davon als Darlehen für Miet- und Energieschulden in Höhe von 419.254,26 €.

Statistik:

	2009	2010
<i>Herangetragene Miet- u. Energieschulden</i>	2.194.240 €	2.947.899 €
<i>Schuldnerhaushalte</i>	1.672	1.613
<i>übernommene Miet- u. Energieschulden</i>	372.731 €	419.254 €

Die herangetragenen Schulden resultieren aus den im Sozialamt eingehenden Meldungen an Wohnungskündigungen auf Grund dieser Schuldenproblematik. Übernommen werden in der Regel die Schulden, wenn der Wohnraum erhalten werden kann, oder das Wohnungsunternehmen die Mieter mit kleinerem preiswerteren Wohnraum versorgt. In vielen Fällen können Ratenvereinbarungen zwischen Mieter und Vermieter vereinbart werden mit gleichzeitiger

Abtretungserklärung von Sozialleistungen, so dass eine Übernahme der Schulden nicht notwendig wird.

Frau Simon erläuterte, dass die Bürgerarbeit Entlastungen für den städtischen Haushalt bringen sollte. Bei den Maßnahmen Kommunalkombi und Bürgerarbeit fällt der Kunde jedoch nur unter bestimmten Gründen aus dem Zuschussbereich des Jobcenters. Zuerst werden die Leistungen des Bundes reduziert und dann die der Kommunen. Deshalb führe die Bürgerarbeit nicht in jedem Einzelfall zur Senkung der Kosten der Unterkunft, besonders bei den Bedarfsgemeinschaften.

4850 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Frau Müller wies auf die Veränderungen von Ansätzen Seite 43 der Zuarbeit hin.

Herr Kogge informierte, dass dieser Unterabschnitt ab dem nächsten Jahr prozentual in 3 Schritten wegfällt.

4980 sonstige soziale Angelegenheiten - Halle-Pass

Frau Müller wies auf die Veränderungen von Ansätzen Seite 45 der Zuarbeit hin.

Es erfolgte eine Diskussion über Vorlagen aus der Sondersitzung des Sozialausschusses am 29.03.2011 und des Stadtrates am 30.03.2011.

Im Ergebnis wurde festgestellt, dass die Verwendung der Mittel nach dem gestrigen Beschluss des Stadtrates noch offen sein müsse.

In Ergänzung der Diskussion im Ausschuss wurde durch die Verwaltung eine Darstellung der Ansätze entsprechend der Haushaltsplanberatungen in den Fachausschüssen und im Finanzausschuss zur Verdeutlichung der Sachlage erstellt. Diese Zuarbeit ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Vermögenshaushalt

Zu den Ansätzen des Vermögenshaushaltes wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Amt 51 Amt für Kinder, Jugend und Familie

4070 Verwaltung der Jugendhilfe

Herr Kogge informierte auf Nachfrage, dass bei den Sachverständigenkosten Beratungshilfe in 2010 in Anspruch genommen wurde.

Frau Brederlow fügte an, dass noch keine Rechnungslegung vorliege und deshalb in diesem Jahr der Ansatz so gewählt werden müsse.

4370 Frauenschutzhaus

Frau Brederlow informierte, dass die Personalausgaben sinken, da eine jüngere Kollegin mit einer niedrigeren Stufe eingesetzt wurde. Im letzten Jahr wurde im Kinderbetreuungsbereich mit Honorarkräften gearbeitet. Diese fallen in diesem Jahr weg.

4520 Jugendsozialarbeit

Frau Müller wies auf die Veränderungen von Ansätzen Seite 37 der Zuarbeit hin.

Frau Brederlow erläuterte, dass, wie im letzten Jahr auch, für dieses Jahr wieder finanzielle Mittel für das Fanprojekt des HFC bewilligt wurden.

Frau Schneider (Leiterin Team Finanzen und Kostenrechnung im Amt 51) ergänzte, dass die jeweiligen Einnahmen den Ausgaben entsprechen. Die DFB Mittel seien ins nächste Jahr übertragbar.

4550 Hilfe zur Erziehung

Frau Müller wies auf die Veränderungen von Ansätzen Seite 38 der Zuarbeit hin.

Aus den Reihen der Ausschussmitglieder wurde kritisiert, dass noch keine autorisierte Beschlussreife für diesen Vorschlag der Verwaltung vorliege. Im Gegenteil, der Jugendhilfeausschuss habe sich klar gegen den Vorschlag gewandt.

Herr Kogge wies darauf hin, dass der Stadtrat im Rahmen der ersten Lesung des Haushaltsplanes einen klaren Auftrag an die Verwaltung gegeben habe. Daraufhin habe die Verwaltung Vorschläge in den Fachausschüssen unterbreitet, die beraten werden müssen. Bei einigen Punkten brauche die Verwaltung im Nachhinein Stadtratsbeschlüsse und bei einigen nicht. Er sei für weitere Anregungen dankbar.

Einige Stadträte befürworteten diese Verfahrensweise nicht.

Frau Berederlow verwies auf die Beantwortung der Anfrage von Herrn Stadtrat Hildebrandt in der letzten Stadtratssitzung.

Herr Kogge führte aus, dass im Jahr 2010 eine große Bugwelle abgebaut wurde. Jetzt seien im Haushaltsplan nur die notwendigen Mittel für das Haushaltsjahr 2011 geplant. Die Familienstrukturen können jedoch nicht vorausgesehen werden.

Aus den Reihen der Mitglieder wurde geäußert, dass dieser Eindruck aus Gesprächen mit den Freien Trägern nicht bestätigt werden könne. Die HzE Zahlen steigen. Die Verwaltung habe keine solide Planung vorgelegt.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass keine Verringerung der finanziellen Mittel für die Hilfen zur Erziehung (HzE) vorgenommen wurde.

Es wurden verschiedene Hinweise von der Verwaltung und den Stadträten zu evtl. veränderten Kappungsgrenzen oder einer anderen Grundgebühr diskutiert. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Satzung nach dem Inkrafttreten des neuen KifÖG angepasst werden müsse.

Die Verwaltung wurde gebeten, vor der erneuten Einbringung des Vorschlages verschiedene Modellrechnungen durchzuführen. Sollte diese Maßnahme im Vorschlag der Verwaltung zur Deckung der 12,3 Mio. € enthalten sein, müsse diese Berechnung bis zum 7.4.2011 vorliegen.

Herr Kogge informierte darüber, dass in Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss drei Vorschläge unterbreitet, beraten und abgelehnt wurden. Er erläuterte diese Vorschläge. Er betonte, dass die Erwartungen an das Land größer waren.

Im Ergebnis der Diskussion wurde festgestellt, dass die Mitglieder des Finanzausschusses eine Fachdiskussion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen ablehnen. Ihrer Meinung nach gebe es eine klare Beschlusslage im Rat. Eine neue Beschlussvorlage fehle. Die Verwaltung wurde aufgefordert, die Deckung in anderen Haushaltsstellen nachzuweisen. Eine Kita-Satzungsänderung sei zurzeit unrealistisch. Für die an dieser Stelle eingepflanzten

2,8 Mio. € sei ausdrücklich die Gesamtverwaltung aufgerufen, bis spätestens zum 27.04. eine andere Lösung anzubieten.

4560 Hilfen für junge Volljährige/ Inobhutnahme

Frau Brederlow führte aus, dass die Ausgaben in dieser Haushaltsstelle abnehmen, da die Anzahl der zu betreuenden jungen Volljährigen sinke, da über andere Leistungen Hilfen möglich seien und in Anspruch genommen werden.

4600 Jugendfreizeiteinrichtungen

Es wurde auf Bitte des Ausschusses zugesagt, eine Erläuterung zum Ansatz der Personalausgaben zu geben.

Im Nachgang der Sitzung wird folgende Information nachgereicht:

Der Personalkostenansatz (1 Mitarbeiterin) wurde auf der Grundlage des Buchungslaufes März 2010 unter Berücksichtigung der bekannten Zukunftsdaten (Stufensteigerungen, Tarifierhöhungen, u. a.) für 2011 personenkonkret erstellt. In der Planung 2010 wurde der zusätzliche Aufwand aus dem neuen Tarifvertrag Sozial- und Erziehungsdienst geschätzt (40.800 €), in 2011 konkret an der Person berechnet (40.700 €).

Im Nachgang der Personalkostenplanung 2011 erfolgte die Neubewertung der Stelle von S8 zu S11. Diese Mehraufwendungen konnten somit noch nicht eingeplant werden und werden im Rahmen der Bewirtschaftung 2011 über den Sammelnachweis Personalausgaben gedeckt.

Da der Stellenplan als Bestandteil des Haushaltsplanes erst nach dem 30.06.2010 geschlossen wurde, ist der veränderte Stellenwert im Stellenplan (Seite 809) bereits eingearbeitet.

4609 JFE Gimritzer Damm

Herr Kogge erläuterte auf Anfrage, dass das SPI an den Eigenbetrieb ZGM Miete zahle. Dies wurde in einem Extravertrag vereinbart.

4613 Kinder- und Jugendschutzzentrum Klosterstraße

Frau Müller wies auf die Veränderungen von Ansätzen Seite 40 der Zuarbeit hin.

4640 Kindertageseinrichtungen

Die Mitglieder stellten fest, dass alle Änderungen, die auf einer Änderung der Kita-Gebührensatzung beruhen würden, nicht Bestandteil des neuen Haushaltsplanes sein können.

Herr Kogge wiederholte sein Angebot des Beitrages zur Deckung eines Teils der noch offenen 12,3 Mio. €.

4750 Förderung der Jugendhilfe

Herr Kogge erläuterte, dass der Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses nicht von der Verwaltung aufgenommen wurde, da dieser den Haushalt aufweiten würde, weil kein

Deckungsvorschlag unterbreitet werden könne. Er bat um eine kritische Prüfung des Antrages. Den freien Trägern würden finanzielle Mittel in gleicher Höhe wie im Jahr 2010 zur Verfügung stehen.

Die Abstimmung des Antrages des Jugendhilfeausschusses erfolgt in der Sitzung am 7.4.2011.

4811 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Aufgrund einer Nachfrage informierte Herr Kogge, dass im Jahr 2010 nach einem Hinweis des Landesverwaltungsamtes (siehe die Verfahrensweise in Magdeburg) die Einnahmen und Ausgaben für die Unterhaltsansprüche gleichgesetzt wurden. Dieses hat nicht funktioniert, es erfolgte ein regelrechter Einbruch und die Verwaltung musste eine überplanmäßige Ausgabe beantragen. Aufgrund dessen werde in diesem Jahr wieder nach dem halesches Modell auf Ist-Basis geplant. Es sei jedoch auch zu beachten, dass sich der rechtliche Rahmen geändert habe.

Frau Schneider fügte an, dass die Verwaltung mit einer 3 %igen Steigerung gerechnet habe. Die Zahlen des I. Quartals seien nicht repräsentativ. Die Entwicklung des II. Quartals müsse abgewartet werden.

Vermögenshaushalt

4640 Kindertageseinrichtungen

Es wurde aus den Reihen des Ausschusses ausgeführt, dass bezüglich der Brandschutzmaßnahmen für die Schulen die Verwaltung gehandelt habe. Welche Stellungnahme gebe sie zu dem Antrag von Frau Wolff bezüglich der Brandschutzmaßnahmen für die Kindertageseinrichtungen ab?

Herr Kogge erläuterte, dass der Kita-Bereich eine eigene Spezifik aufweise, da es sich um städtische Einrichtungen und Einrichtungen Freier Träger handele, in denen die Kinder betreut werden. Die Einrichtungen der Freien Träger sind zum Teil als Erbpacht vergeben und zum Teil vermietet. Aus diesem Grund müssen die gesetzlichen Grundlagen für die Verantwortlichkeiten der Durchführung und Finanzierung der Brandschutzmaßnahmen geklärt werden.

Es wurde aus den Reihen des Ausschusses darauf hingewiesen, dass die 2 Mio. €, die für die Schulen angeboten wurden, ggf. mit den Kindertageseinrichtungen geteilt werden können, da eine Lösung für die Gesamtsumme sicherlich schwierig sei. Dem Antrag von Frau Wolff wurde im Jugendhilfeausschuss zugestimmt. Im Finanzausschuss werde der Änderungsantrag zur Abschlussberatung am 7.4.2011 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Ergebnis:

Über die Unterabschnitte des Dezernates IV wurde beraten.

- zu 3.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009, Vorlage: V/2010/09413 (Zuschuss an Suchtberatungsstellen)
Vorlage: V/2011/09642**
-

Ergebnis:

Wiedervorlage in der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 07. 04. 2011 - Abschlussberatung zum Haushalt 2011.

- zu 3.1.2 Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009, Vorlage: V/2010/09413 (Förderung der Wohlfahrtspflege sowie Zuschüsse an übrige Bereiche des Büros für Gleichstellungsfragen)
Vorlage: V/2011/09643**
-

Ergebnis:

Wiedervorlage in der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 07. 04. 2011 - Abschlussberatung zum Haushalt 2011.

- zu 3.1.3 Änderungsantrag der Stadträtin Frau Sabine Wolff (NEUES FORUM) und Frau Helga Schubert (Freier Träger der Jugendhilfe) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009 (V/2010/09413) (Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen für die Sanierung der Flucht- und Rettungswege der Kindertageseinrichtungen)
Vorlage: V/2011/09589**
-

Ergebnis:

Wiedervorlage in der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 07. 04. 2011 - Abschlussberatung zum Haushalt 2011.

- zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten**
-

- zu 5 schriftliche Anfragen von Stadträten**
-

zu 6 Mitteilungen

zu 7 mündliche Anfragen

zu 8 Anregungen

Zu den Tagesordnungspunkten 4 - 8 lagen keine Vorlagen vor und wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollführerin